

wicklung. Denn bei der bestehenden Gesetzgebung gegen die Einwanderung bedeutet sie, daß Arbeit der ländlichen, des Schutzes nicht bedürftigen Beschäftigung entzogen wird, um sie der schutzbedürftigen Industrie zuzuwenden. Damit leidet hier ohne weiteres derjenige Zweig der Wirtschaft, der mit „niedrigen“ Kosten arbeitet zugunsten dessen, der zu „höheren“ Kosten produziert, als es den Bezugsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt entsprechen würde, gewiß eine vom Standpunkt der nationalen Wirtschaft ebenso wie von dem der internationalen Wirtschaft unwirtschaftliche Verwendung von Arbeitskraft. So schreibt auch der Balfour-Bericht, der sich jeder politischen Stellungnahme strengstens enthält⁹⁵⁾: „Australiens Wachstum als Industrieland ist eine Frage der Produktionskosten, und es ist schwierig zu begreifen, wie ohne Lösung dieser Frage der Industrialisierungsprozeß weitergehen soll, es sei denn auf Kosten der landwirtschaftlichen und Weideinteressen.“⁹⁶⁾

Der so notwendige Abbau des internationalen Protektionismus ist nur denkbar, wenn alle beteiligten Länder in einer gemeinsamen Konferenz zu einer Beratung hierüber zusammentreten, und wenn eine solche Konferenz der Wille beseelt, die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart durch eine gemeinsame Aktion gegen die Absperrung zu erleichtern. Hier hätten vor allem die neugebildeten Staaten und Nachfolgestaaten eine wirtschaftliche Annäherung an diejenigen Gebiete zu suchen, mit denen sie früher verbunden waren und die heute noch wirtschaftsmäßig ihr Hinterland bilden oder bilden sollten. Hier hätte ferner eine Klärung in der allbritischen Zollpolitik zu erfolgen. Politische, zum Teil rein imperialistische Interessen verbieten es England, sich in die Hochschutzzollpolitik ihrer Kolonien einzumischen. Aus vielen Anzeichen freilich ist zu erkennen — siehe allein die obige Bemerkung des Balfour-Berichtes —, daß man in wirtschaftlichen Kreisen die Wirtschaftspolitik der Dominions mit großem Bedenken verfolgt. Man weiß zur Genüge in England, daß die koloniale Präferentialpolitik für den englischen Exporteur nur ein schwacher Trost bleibt, so

95) Vgl. *Overseas Markets*. S. 352.

96) Ganz ähnlich liest man im *Economist* vom 1. August 1925 über Südafrika S. 189: „... Die Lasten, wie sie jetzt sind (gemeint der Schutzzoll), werden auch weiterhin auf Bergbau und Landwirte fallen.“